Die Weltwirtschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts

Autor(en): **Falk, Rainer**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **19 (1999)**

Heft 38

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652107

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rainer Falk

Die Weltwirtschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts

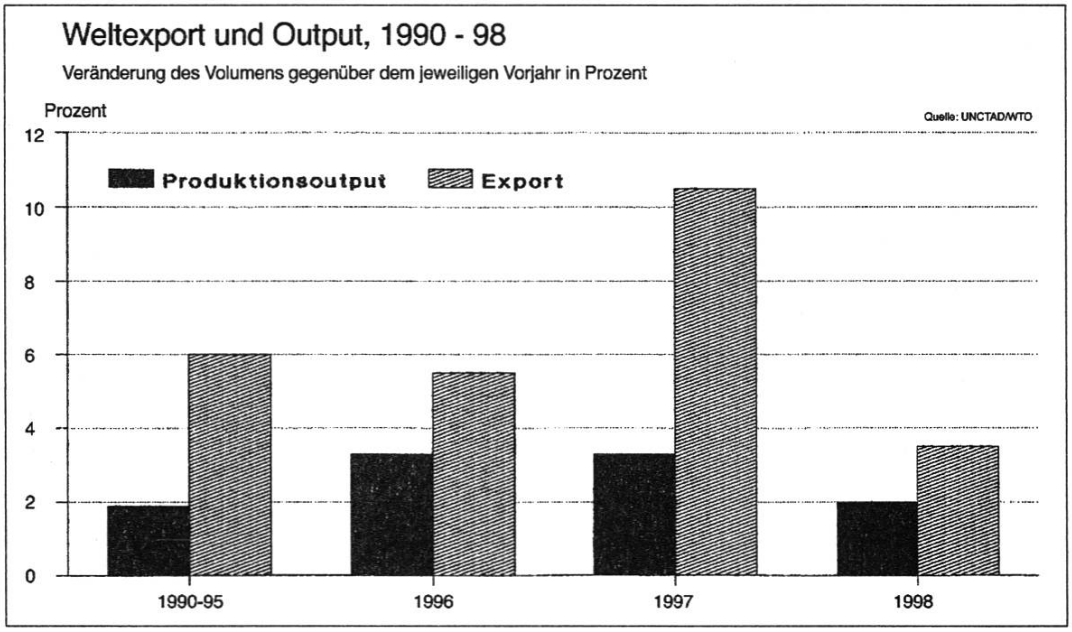
Was US-Präsident Clinton noch 1998 als „die größte Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg" bezeichnete, gehört heute schon fast wieder der Vergangenheit an. Doch während Wachstums- und Welthandelsdaten erneut nach oben weisen, sind die Strukturprobleme, die durch die globale Finanzkrise offenbart wurden, und ihre sozialen Folgewirkungen nach wie vor ungelöst. Der Weg aus dem Krisental ist mit zahlreichen Unsicherheiten gepflastert und verweist vor allem auf die Risiken, die sich mit der ungebrochenen Globalisierung verbinden. Der vorliegende Beitrag versucht anhand einiger neuester Berichte internationaler Organisationen eine weltwirtschaftliche Momentaufnahme am Ende des Jahrhunderts.

Die Finanzkrise, die 1997/98 Ostasien, Rußland und Lateinamerika erfaßt hat und einen Moment lang drohte, selbst auf die großen Finanzplätze der Metropolen zurückzuschlagen, habe vor allem unterstrichen, wie die Entwicklungsländer durch die Globalisierung, speziell durch die wachsende Integration der Finanzmärkte, externen Schocks ausgesetzt werden, schreibt die Weltbank in ihrem neuesten Bericht *Global Economic Prospects and the Developing Countries 2000*. Zum ersten Mal wird hier in einer globalen Konjunkturanalyse der Weltbank der amtliche Optimismus der letzten Jahre korrigiert, der dauerhaft höhere Wachstumsraten im Süden und damit einen Ein- und Aufholprozeß der Entwicklungsländer gegenüber der industrialisierten Welt für möglich hielt. Jetzt gesteht die Weltbank ein, daß sich die derzeitige konjunkturelle Erholung „ungleich und unsicher" vollzieht; sie geht in ihrer Prognose davon aus, daß die Wachstumsraten der Entwicklungsländer in den kommenden Jahre in jedem Falle unter dem Wachstum der ersten Hälfte der neunziger Jahre liegen werden. Sie bestätigt damit nicht nur die These von der „brüchigen Erholung" bei zunehmenden Risiken, die das Sekretariat der UN-Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) im jüngsten *Trade & Development Report* (W&E 10/99) vertreten hatte, sondern auch diejenigen, die seit langem befürchten, daß die konjunkturelle Entwicklung der „Dritten Welt" auch in Zukunft fest an die globalen und vom Norden dominierten Tendenzen angekoppelt bleibt.

Fast schon ein Dogma in internationalen Organisationen ist offensichtlich die These von der Rolle des Welthandels als dem zentralen „Motor des Wachstums". Die These hat eine normative und eine deskriptive Seite. Zunächst beschreibt sie ein Wachstumsmuster, das die weltwirtschaftliche Entwicklung in den meisten Phasen der Nachkriegszeit bestimmt hat und das sich dadurch auszeichnet, daß das Wachstum der Produktion (des sogenannten Outputs) stets hinter der Entwicklung des Welthandels zurückgeblieben ist: „Das dynamische Wachstum des Handels war der Motor der längsten und stärksten Periode anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums in

der Geschichte der Menschheit. Dies ist weiterhin so. Zwischen 1982, dem Jahr des letzten tiefen weltwirtschaftlichen Abschwungs, und 1998 ist das Volumen der weltweiten Exporte um 152 Prozent gewachsen und der Umfang der weltweiten Fertigwarenexporte um 184 Prozent. In der selben Periode stieg der weltweite Output um 52 Prozent und die weltweite Produktion von Fertigwaren um 58 Prozent." (Financial Times Survey, World Trade, 29.11.1999)

Wie sich zeigt, hat auch die jüngste Krise an diesem Muster nichts geändert. Mit der rückläufigen Nachfrage in Folge der Asienkrise wurde die Wachstumsrate des Welthandels und damit auch das Wachstum des globalen Outputs nach unten gedrückt (siehe Graphik); entsprechend war „die



schnelle Erholung in Ostasien der wichtigste Faktor bei der Beschleunigung des Welthandels" (World Bank 1999). Dies hat vor allem diejenigen aufatmen lassen, die in dem beschriebenen Entwicklungsmuster das Non-plus-ultra der ökonomischen Weltentwicklung sehen. So sehr der Jahresbericht der Welthandelsorganisation (WTO) im letzten Jahr von Kassandra-Rufen ob des rückläufigen Welthandelswachstums geprägt war, so sehr ist im diesjährigen Bericht sehr viel von Erleichterung über die Besserung der Handelsdaten die Rede. Während die WTO für 1999 noch ein Wachstum des Welthandels um 4 Prozent (genauso viel wie 1998) erwartet, rechnet sie für 2000 schon wieder mit 6-7 Prozent.

Wachsende Verflechtung und Außenabhängigkeit

Wie die Demonstrationen und Debatten am Rande der 3. WTO-Ministerkonferenz in Seattle Anfang Dezember 1999 jedoch gezeigt haben, finden

nicht alle an dem dargestellten Expansionsschema der Weltwirtschaft Gefallen. In zunehmendem Maße werden vielmehr die Risiken gesehen, die das der Produktion vorauseilende Handelswachstum birgt. Denn darin spiegelt sich nichts anderes als ein Aspekt der Globalisierungstendenz, die sich auch als zunehmende Integration der traditionellen Volkswirtschaften begreifen läßt. Deren Kehrseite besteht darin, daß auch die alten kapitalistischen Industrieländer zunehmend vom Welthandel abhängiger werden.

Auf lange Sicht betrachtet, sind die großen kapitalistischen Industrieländer inzwischen stärker dem Welthandel ausgesetzt als jemals zuvor in ihrer Geschichte. Dies zeigt sich u.a. darin, wie sich das Verhältnis zwischen dem Außenhandel und dem Bruttoinlandprodukt (BIP) bei wichtigen Industrieländern in diesem Jahr entwickelt hat. Bei den USA beträgt dieser Quotient inzwischen (Mitte der neunziger Jahre) 24 Prozent (gegenüber 11 Prozent auf dem Höhepunkt der letzten Globalisierungswelle 1910 und 9 Prozent 1950), bei Deutschland 46 Prozent (gegenüber 38 Prozent 1910 und 27 Prozent 1950), bei Frankreich 43 Prozent (gegenüber 35 bzw. 23 Prozent) und bei Großbritannien 57 Prozent (gegenüber 44 Prozent und 30 Prozent). Nur Japan wies zur Mitte der neunziger Jahre eine geringere Außenhandelsabhängigkeit auf (nämlich 17 Prozent des BIP) als 1911 (30 Prozent) und sogar 1950 (19 Prozent).

Mit dieser Tendenz geht in jedem Fall eine spürbare Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz einher, wobei nicht nur die Interessengegensätze zwischen den dominanten Blöcken der Triade (USA, EU, Japan) zunehmen, sondern zwischen den „alten" Industrieländern und den Entwicklungsländern, insbesondere den sogenannten aufstrebenden Ökonomien („emerging economies") an Sprengkraft und Intensität zunehmen. Immerhin befinden sich unter den zehn stärksten Handelsmächten auf der Welt (s. Tabelle) inzwischen bereits sechs solcher *Newcomer*, wenngleich deren Marktanteile noch nicht mit denen der Industrielländer vergleichbar sind.

Die 10 führenden Export- und Importmächte – ohne Intra-EU-Handel, 1998

Exportländer	Prozent-Anteil	Importländer	Prozent-Anteil
EU	20,1	USA	22,3
USA	16,8	EU	18,9
Japan	9,6	Japan	6,6
Kanada	5,3	Kanada	4,9
China	4,5	Hongkong	4,4
Hongkong	4,3	China	3,3
Südkorea	3,3	Mexiko	3,0
Mexiko	2,9	Taiwan	2,5
Singapur	2,7	Singapur	2,4
Taiwan	2,7	Südkorea	2,2

Anmerkung: Hongkong und Singapur enthalten jeweils einen hohen

Anteil von Importen, die wieder exportiert werden. (Quelle: WTO) Doch dies alles wirft erneut die Frage nach der normativen Orientierung der Wirtschafts- und Außenhandelspolitik auf: Soll die Politik der Nationalstaaten eine bruchlose Anpassung an diesen Trend zu immer mehr Internationalisierung und Weltmarktkonkurrenz befördern oder gibt es Alternativen – etwa im Sinne eines erneuten Prioritätenwechsels zu eine stärkeren Binnenmarktorientierung, die zwar auch nicht ohne die Exportentwicklung auskommen kann (und braucht), diese aber in ihren komplementären Funktionen sieht und nicht umgekehrt?

Einen der bemerkenswertesten Quantensprünge in der Außenhandelsverflechtung haben in der zweiten Hälfte des zu Ende gehenden Jahrhunderts die USA gemacht. Dabei ist die „lange US-Konjunktur" der letzten Jahre zweifellos mitverantwortlich dafür, daß der Rückgang des Welthandels im Gefolge der globalen Finanzkrise nicht noch dramatischer ausgefallen ist. Die Weltbank vermerkt in ihren *Global Economic Prospects* jedenfalls kritisch, daß die Ungleichgewichte in und zwischen den großen Industrieländern zugleich die wichtigsten Risiken für die künftigen Aussichten der Weltwirtschaft darstellen. An herausragender Stelle führt sie dafür den von den Aktienmärkten getriebenen Konsumtionsboom und das zunehmende Außenbilanzdefizit in den USA an, aber auch die unsicheren wirtschaftlichen Aussichten in Japan.

Aus der Sicht von UNCTAD muß in bezug auf den Faktor US-Konjunktur relativierend berücksichtigt werden, daß die Industrieländer durchgängig an dem präzedenzlosen Zusammenbruch der Rohstoffpreise und der Verbilligung der Konsumgüterimporte aus den zur Abwertung gezwungenen Krisenländern verdient haben. „In ähnlicher Weise", so schreibt UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero im neuesten Report, „haben die entwickelten Länder wenig unter dem scharfen Rückgang der Anlagepreise oder dem Anstieg der Risikoprämien auf den globalen Kapitalmärkten gelitten, die die drastisch rückläufigen Kapitalzuflüsse in die aufstrebenden Märkte begleitet haben, speziell in den Monaten unmittelbar nach der Rußlandkrise im August 1998. Auch wurden sie von der Brasilienkrise vom Januar 1999 nicht sonderlich getroffen. Im Gegenteil, die Flucht in sichere Anlagen, die auf die finanzielle Unruhe in den Entwicklungs- und Transformationsökonomien folgte, hat den Aktienboom im Norden angetrieben und vor allem in den USA den Konsum stimuliert, die ein präzedenzloses achtes Jahr der Expansion genießen konnten. Der private Konsum in den USA wuchs um mehr als 400 Mrd. US-Dollar zwischen dem zweiten Quartal 1997 und Ende 1998, mehr als zweimal so viel wie das gesamte Jahreseinkommen des sub-saharischen Afrika beträgt." (UNCTAD: III, 1999)

Folgen der globalen Finanzkrise

Während die Industrieländer noch einmal mit dem blauen Auge davon gekommen zu sein scheinen und sogar als die Krisengewinner dastehen, herrscht inzwischen weitestgehende Einigkeit darüber, daß die Hauptleid-

tragenden der globalen Finanzkrise die Entwicklungsländer sind. Sie wurden durch die Krise real in ihrer Entwicklung zurückgeworfen, wobei allenfalls über das Ausmaß des Rückgangs noch unterschiedliche Einschätzungen bestehen. Während UNCTAD von einer drastischen Verschlechterung der Bedingungen in der Entwicklungswelt im Zuge der globalen Finanzkrise ausgeht, in der sich auch die letzten Lichtblicke verdunkelt haben, hebt die Weltbank drei Bereiche hervor, in denen der „Fall-out" der Krise besonders deutlich sind:

Zunahme von Armut und Verelendung: „Obwohl weniger dramatisch als zunächst vermutet und insgesamt uneinheitlich, waren die negativen sozialen Folgen der Ostasienkrise und der folgenden Krisen in Rußland und Brasilien enorm", stellt die Weltbank fest. Dabei stellt sie insbesondere die Zunahme der Einkommensarmut und den Niedergang im Lebensstandard von Mittelschichten heraus. So fiel das Pro-Kopf-Einkommen im Krisenjahr 1998 in Indonesien um 15,1 Prozent, in Thailand um 10,3 Prozent, in Malaysia um 12,4 Prozent und in Südkorea um 10,4 Prozent. Vor allem die städtische Armut in den ostasiatischen Krisenländern hat 1998 zugenommen, so in Südkorea beispielsweise von 9 Prozent 1997 auf 19 Prozent 1998. Drastisch war in den Krisenländern auch der Verfall der Reallöhne, etwa in der verarbeitenden Industrie. Hier betrug der Rückgang 1998 in Indonesien 44 Prozent, in Südkorea 10,6 Prozent, in Thailand 4,5 Prozent und in Malaysia 2,4 Prozent. Interessant ist dabei die Feststellung der Weltbank, daß die mit Einkommensrückgang und Armutszunahme verbundenen Umverteilungseffekte in Südostasien bei weiten nicht so groß waren wie bei vergleichbaren Krisen in Lateinamerika, z.B. der mexikanischen Pesokrise von 1994.

Anhaltende Strukturprobleme: Wie die Weltbank-Autoren betonen, handelt es sich bei den derzeitigen Aufschwungstendenzen in den Krisenländern um ein zyklisches Phänomen, von dem die durch die Finanzkrise offen gelegten Strukturfragen und Restrukturierungsnotwendigkeiten nicht tangiert werden. So reicht der Wert der nichtbedienten Kredite von rund 30 Prozent des BIP in Südkorea und Malaysia bis zu 60 Prozent in Thailand und übertrifft damit weit vergleichbare Erfahrungswerte aus früheren Krisen. Über ein Viertel aller an der Börse notierten Unternehmen in Südkorea, Malaysia und Thailand (und nahezu zwei Drittel in Indonesien) sind nicht mehr in der Lage, ihre Schulden zu bedienen. Diese Situation wirkt wie eine Bremse für Investitionen und wird auch künftig auf die Produktionsleistung der Länder drücken. Die Weltbank spricht hier von außerordentlich hohen „Steuerungskosten" der Krise; denn der Staat werde allein für die Restrukturierung der Unternehmen (von der Sanierung des Bankensektors abgesehen) Mittel im Wert von bis zu 50 Prozent des BIP aufbringen müssen.

Verfall der Rohstoffpreise: Die Währungsabwertungen und der Nachfrageausfall in Ostasien haben den Fall der Rohstoffpreise, der bereits 1996

begonnen hatte, beträchtlich beschleunigt. Die damit verbundenen Anpassungslasten trafen sowohl erdölexportierende Länder als auch Nicht-Öl-Exporteure, letztere vor allem in Subsahara-Afrika. Nach Weltbank-Angaben sanken die Rohölpreise zwischen Ende 1996 und Ende 1998 um 53 Prozent, um sich 1999 wieder zu erholen. Die Nicht-Öl-Rohstoffpreise rutschten seit Mitte 1997 um 30 Prozent nach unten. Die Weltbank spricht zwar von gravierenden Anpassungsproblemen auf seiten der rohstoffexportierenden Länder, ist aber der Ansicht, das Management des Rohstoffzyklus in den neunziger Jahren insgesamt besser gelungen sei – unter anderem aufgrund von Verbesserungen in der Politik der Rohstoffländer – als in früheren Perioden.

Andere sprechen eine deutlichere Sprache: Die Rückkehr zentraler Ungleichgewichte der Weltwirtschaft im Zuge der Asienkrise ist nach UNCTAD „ein Hauptfaktor für die Verlangsamung des Welthandels, der wertmäßig den stärksten Rückgang seit 1982 verzeichnete, und für den dramatischen und weitverbreiteten Verfall der Rohstoffpreise. Als Ergebnis ist der Anteil der Primärprodukte am Welthandel zum erstenmal seit fünfzig Jahren unter die 20 Prozent-Marke gefallen. Dies brachte – zusammen mit den Dollar-Aufwertungen 1997 und 1998 – zum erstenmal seit 1991 wieder einen Rückgang der (in Dollar bewerteten) Exporteinnahmen der Entwicklungsländer" (UNCTAD, II). Bereits in ihrem Weltentwicklungsbericht 1999/2000 (vgl. Weltwirtschaft & Entwicklung, 9/99) hatte die Weltbank konstatiert, daß die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen (die weniger als mit einem Dollar pro Tag auskommen müssen) zu Beginn des neuen Millenniums 1,5 Milliarden Menschen betragen und daß sich diese Zahl bis zum Jahr 2025 auf 2 Milliarden erhöhen wird. In *Global Economic Prospects* kommt sie zu dem Schluß, daß sich das Ziel der internationalen Gemeinschaft, die Armut bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren, angesichts der verschlechterten Wachstumsaussichten für den Süden wahrscheinlich nicht verwirklichen lasse. Dies ist ein realistisches Eingeständnis.

Kontrolle des Finanzkapitals: Nach der Asienkrise muß der Süden feststellen, daß die ihm aufgezwungene Big-Bang-Liberalisierung seiner Waren- und Kapitalmärkte (z.B. durch die Strukturanpassungsoffensive des IWF oder innerhalb der WTO) wenig bis nichts gebracht hat, ja daß selbst die hoffnungsvollsten Fälle nachholender Entwicklung extrem ungeschützt und der Wucht der neoliberalen Globalisierung voll ausgesetzt sind. Es ist unbestreitbar: Nach über einer Dekade der neoliberalen „Reformen" in den Entwicklungsländern sind ihre Zahlungsbilanzen nicht weniger in Unordnung als vorher, ihre Volkswirtschaften noch abhängiger vom externen Kapitalzufluß als vorher und ihre Wachstumsraten geringer als vor den Krisenjahrzehnten der achtziger und neunziger Jahre – weit unter jener Marge, die notwendig wäre, um unter gegebenen Systembedingungen effektive Maßnahmen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung treffen zu können.

Der UNCTAD-Report weist in diesem Jahr zu Recht auf den inneren Zusammen von Liberalisierung und wachsender Kapitalabhängigkeit des Südens hin: Die einseitige Öffnung der Märkte führt tendenziell zu strukturellen Zahlungsbilanzdefiziten, da sie den Importsog aus dem Norden erhöht, ohne daß damit zusätzliche Exportmöglichkeiten in umgekehrter Richtung einhergehen. Der Tendenz zur Verschlechterung der Zahlungsbilanz wiederum kann nur mit Hilfe zusätzlicher Kapitalimporte entgegengewirkt werden – eine ideale Ausgangsposition, in der das vagabundierende „Hot Money" der Weltwirtschaft seine Verwertung findet. Die Asienkrise hat diese strukturelle Misere nur offengelegt.

Die UNCTAD-Experten betonen, daß es unter diesen Bedingungen im gemeinsamen Interesse aller Länder – ungeachtet ihres Entwicklungsstandes – liegen müsse, die Kontrolle zurückzudrängen, die das Finanzkapital über Handel, Industrie und Beschäftigung errichtet hat. Vor allem müsse endlich erkannt werden, daß die privaten Kapitalflüsse vielfach eher ein Problem für den Süden sind als eine Hilfe. Dazu gehört die Einsicht, daß sie oftmals nicht in der Lage sind, die öffentlichen Finanzmittel des Nord-Süd-Transfers zu ersetzen. Zum anderen setzt UNCTAD darauf, daß es den Entwicklungsländern in nächster Zeit möglich sein müsse, den Druck auf die Industrieländer so zu erhöhen, daß diese endlich ihrerseits wirksame Schritte zur Öffnung ihrer Märkte einleiten. Für den Süden würde diese Strategie beinhalten, künftig weitere Liberalisierungen ohne nördliche Gegenleistungen zu verweigern. Da der Unmut über die Auswirkungen der Politikvorschläge des Nordens aus den letzten zwanzig Jahren auch bei den Eliten des Südens wächst, ist diese Hoffnung nicht ganz auf Sand gebaut. Die Dezember 1999 gescheiterte WTO-Konferenz in Seattle macht allerdings klar, daß die Durststrecke, die dabei überwunden werden muß, noch lang ist.

Literatur

UNCTAD, Trade & Development Report 1999: Fragile recovery and risks. Trade, finance and growth. UNCTAD: New York-Geneva.

Weltwirtschaft & Entwicklung, 1999: Informationsbrief, Nr. 9 und 10, WEED, Luxembourg/Bonn

World Bank,1999: Global Economic Prospects and the Developing Countries 2000. World Bank, Washington D.C.

WTO, 1999: Annual Report 1999 (2 vols), Geneva